



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919

England und die Vereinigten Staaten. Der Panamakanal

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73514](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73514)

Nun hoffte man in England nach diesen Erfahrungen, daß die Kolonien, dem imperialistischen Programm entsprechend, auch bereit sein würden, sich militärisch und handelspolitisch enge mit dem Mutterlande zusammenzuschließen. Darin aber brachte die Kolonialkonferenz von 1902 eine Enttäuschung. Australien und Neuseeland zahlten zwar auch weitere Beiträge für die Reichsflotte, Kanada dagegen lehnte ab, und sein Ministerpräsident Laurier kündigte an, es wolle selbst zum Bau einer Flotte schreiten. Ein kanadisches Staatsgefühl, das den Briten unbequem war, durchdrang allgemach das ganze Volk. — Ähnlich ging es, als bei der Kolonialkonferenz der Reichszollbund zur Verhandlung kam. Laurier beharrte auf der autonomen Zollpolitik seines Landes. Kanada räumte England zwar Vorzugszölle ein, aber es wollte nicht auf das Recht verzichten, Handelsverträge mit anderen Staaten zu schließen; somit war ein Reichszollverein unmöglich. Auf der Konferenz wurden warme Versicherungen fester Zusammengehörigkeit ausgetauscht, die überzeugten Imperialisten unter den Teilnehmern jedoch, wie der wieder in die Höhe gekommene Jameson, gaben ihrer Unzufriedenheit über das geringfügige Ergebnis Ausdruck.

*

England und die Vereinigten Staaten

Der Panamakanal

Großbritannien besleißigte sich, wie uns bekannt ist, gegen die nordamerikanische Union besonderer Rücksicht, selbst wenn deren gesteigertes Kraftbewußtsein das Auskommen erschwerte. Der Rückzug Englands in der venezolanischen Grenzfrage und andere Gefälligkeiten hielten die Yankees bei guter Laune, so daß wenigstens Präsident

pesche ist die unverschämteste, die je eine kanadische Regierung vom englischen Kolonialamt erhalten hat, und sie soll niemals in Vergessenheit kommen, denn die ganze Handlungsweise ist von Anfang bis zu Ende perfid und für Kanada als selbständige Kolonie eine schwere Beleidigung.“ (Schultheß, „Europäischer Geschichtskalender“, Jahrgang 1900, S. 285.) Das Entscheidende ist indessen, daß die kanadische Regierung sich dem Ansinnen des englischen Kolonialministers fügte. Die Mehrheit stand auf Seiten Englands.

Mac Kinley und die republikanische Mehrheit sich im Ausdruck ihrer Teilnahme für die Buren eine gewisse Rücksicht auferlegten. Um so lauter scharte sich die demokratische Opposition um die Fahne der Freiheit und forderte vom Präsidenten offene Parteinahme für die Buren. Das lehnte Mac Kinley ab, um sich nicht mit England zu überwerfen. Als kluger Politiker benutzte er jedoch dessen Verlegenheiten, um sich für die Neutralität der Union einen angemessenen Preis bezahlen zu lassen. Auf diesem Wege schmeichelte und trozte er der britischen Regierung Zug um Zug den Verzicht auf ihre den Panamakanal betreffenden Rechte ab und gewann für die Union die alleinige Verfügung über die zu bauende Wasserstraße.

Seit 1850 bestand über den Gegenstand zwischen Nordamerika und England der Clayton-Bulwersche Vertrag, so genannt nach den Unterhändlern der beiden Staaten. Darin war festgesetzt, daß der Kanal unter dem Schutze und der Kontrolle beider Mächte stehen werde, so daß er als gemeinsames Unternehmen geplant war. Indessen empfanden die immer mächtiger werdenden Vereinigten Staaten das Abkommen als eine Last und wollten die Verfügung über die Wasserstraße ganz an sich ziehen. England ging jedoch auf diesen Wunsch nicht ein, und es blieb bei der Abmachung, auch nachdem Ferdinand Lesseps von der Republik Kolumbien die Konzession zum Bau des Panamakanal erhalten hatte und ebenso als der Bankrott seiner Gesellschaft erfolgte. So stand es bis zum Burenkrieg. Als nun die Volksstimme in Nordamerika immer lauter die Parteinahme für die Buren verlangte und die demokratische Opposition sich dieser günstigen Plattform bemächtigte, stellte Mac Kinley der englischen Regierung vor, sie müsse zur Beruhigung der aufgeregten öffentlichen Meinung seines Landes ein Opfer bringen: er würde sonst zur Stellungnahme gegen Großbritannien gedrängt werden. Nun besorgte England Schlimmes vom nordamerikanischen Volke, dem die Weltlage Handlungsfreiheit gestattete, Schlimmeres als von den Gefühlsäußerungen der Deutschen und der Franzosen, die sich gegenseitig beschiedeten und gegeneinander auf der Wacht standen. Die englische Regierung sträubte sich anfangs gegen das Verlangen Mac Kinleys, sie solle auf den Clayton-Bulwerschen Vertrag verzichten, sah sich aber schließlich genötigt nachzugeben, und so kam am 5. Februar 1900 ein neues Abkommen zustande, das nach den Unterhändlern, dem nordamerikanischen Staatssekretär und dem britischen Botschafter, den Namen Hay-Pauncefote-Vertrag

erhielt. Darin wurde ausgesprochen, daß Amerika den Kanal allein bauen und überwachen dürfe, wenn auch mit der Einschränkung, daß er neutral bleiben und allen auswärtigen Nationen offen stehen solle. Auch war es der Union verwehrt, längs des Kanals Befestigungen anzulegen. Befriedigt von diesem Gewinn, begnügte sich der Präsident der Republik, der englischen Regierung im März 1900 das Anerbieten einer Vermittlung mit den Burenstaaten zu machen; er ließ aber die Sache fallen, als von London die Antwort kam, England habe nicht die Absicht, die Vermittlung einer fremden Macht anzunehmen. Als im Mai darauf eine Burendeputation in Washington erschien, wurden ihre Mitglieder vom Präsidenten nicht amtlich, sondern nur als Privatpersonen empfangen; Staatssekretär Hay erklärte dem Senat, der Präsident sei der Ansicht, daß ihm nur das Beharren auf unparteiischer Neutralität offenstehe. Salisbury überhäufte darauf Mac Kinley und das amerikanische Volk mit Lobsprüchen für ihre politische Klugheit und Gerechtigkeit.

Das Abkommen über den Kanal bedurfte indessen zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des nordamerikanischen Senats. Da aber ergaben sich neue Schwierigkeiten. Nicht bloß die demokratische Minderheit, auch die republikanische Mehrheit wollten den Engländern neue Zugeständnisse entreißen und sich der einschränkenden Bestimmungen entledigen. Der Senat verwarf also die unbequemen Klauseln und nahm für die Union das Recht in Anspruch, Befestigungen anzulegen und anderen Mächten die Benützung des Kanals zu verbieten. Das schien nun eine parlamentarische Niederlage Mac Kinleys und des Staatssekretärs Hay, doch empfanden sie darüber keinen Kummer, sondern machten sich den Beschluß zu eigen und übermittelten nach London einen neuen schärferen Vorschlag. In England war man anfangs über den Anspruch außer sich und die Regierung lehnte am 11. März 1901 die neuen Bedingungen ab. Die Folge davon war ein Aufflammen der Stimmung gegen Großbritannien; das zeigte sich auch in der anschwellenden sittlichen Entrüstung über das dem Heldenvolk der Buren zugefügte Unrecht. Gerade die ärgsten Jobber- und Börsenblätter verfielen in die lautesten moralfanatischen Wutausbrüche. Der englischen Regierung wurde unheimlich zumute, so daß sie sich zur Genehmigung der vom amerikanischen Senat diktierten Grundsätze herbeiließ: am 22. Februar 1902 erfolgte die Ratifikation des auf dieser Grundlage vereinbarten Vertrages. Damit wurde der Panamakanal ein rein ameri-

kanisches Unternehmen. Nur wenn England sich mit den übrigen europäischen Nationen hätte verständigen können, würde Amerika eine Schranke gesetzt worden sein. Die Uneinigkeit der alten Welt ermöglichte der großen Republik des Westens den Triumph.

So gab sich England Mühe, die Union bei guter Stimmung zu erhalten. Nordamerika sah sich überhaupt stark umworben, wobei Deutschland nicht zurückbleiben konnte. Kaiser Wilhelm spendete für die Vereinigten Staaten ein Denkmal Friedrichs des Großen; stärkeren Eindruck machte die vom Prinzen Heinrich im Auftrage seines kaiserlichen Bruders nach der Union unternommene Reise (Februar 1902). Einige Jahre später erfolgte auf Anregung des Kaisers der Austausch von Professoren zwischen Deutschland und der Neuen Welt. Das geistige und politische Band jedoch, das England und Nordamerika verknüpfte, war stärker und befestigte sich, als die Union im Hinblick auf die russisch-japanische Nebenbuhlerschaft in Ostasien es für notwendig hielt, mit dem seebeherrschenden Albion in gutem Einvernehmen zu stehen.

Die Union, des Rückhaltes an England gewiß, verfolgte den am Panamakanal errungenen Vorteil mit größter Energie. Als Mac Kinley am 14. September 1901 einem anarchistischen Attentat erlag, übernahm Vizepräsident Theodor Roosevelt die Staatsleitung, der 1905 zum Präsidenten gewählt wurde. In der Panamaangelegenheit griff er scharf durch. Der Kanal mußte durch das Gebiet der Republik Kolumbien geführt werden; diese hatte nach dem Zusammenbruche der von Lesseps gegründeten Gesellschaft die Konzession einer anderen Körperschaft übertragen, welche ihre Rechte an die nordamerikanische Union verkaufte. Als nun die Vereinigten Staaten an die Ausführung des Baues schritten, stellte Kolumbien auf Grund seiner Souveränität Ansprüche, welchen die Union nicht stattgeben wollte. Kolumbien erhob Schwierigkeiten, darauf aber machte die große Republik mit ihrer kleinen Schwester kurzen Prozeß. Mit Zustimmung oder besser gesagt auf Anstiften der Regierung der Union brach auf der Landenge von Panama eine Art Revolution aus, die Bewohner rissen sich von Kolumbien los und riefen eine selbständige Republik aus. Das geschah am 3. November 1903 und schon zwei Tage später wurde der neue Zwergstaat von den Vereinigten Staaten in aller Form anerkannt. Kolumbien wollte sich den Vorgang nicht gefallen lassen und machte Miene, das abtrünnige Panama zur Unterwerfung zu nötigen. Darauf erschienen amerikanische Kriegsschiffe, die das Vorhaben im Keime erstickten. Das angeblich

unabhängige Panama schloß mit der Union einen Vertrag über den Kanal, der alle ihre Forderungen erfüllte. Man sieht, wie bequem es sich die großen Staaten im internationalen Verkehr machen: je nach Bedarf blasen sie den selbständigen Gemeinwesen das Lebenslicht aus oder rufen neue Gebilde ins Dasein. Roosevelt aber richtete an den Kongreß am 10. November 1903 eine Botschaft, in der es hieß, die Vereinigten Staaten hätten sich nicht länger den kleinlichen, unaufrichtigen Mächtschaften derjenigen unterwerfen können, „denen die Zufälligkeit der örtlichen Lage die Herrschaft über den Boden gegeben, durch welchen der Kanal gehen müsse“. Das war ein ganz neuer Grundsatz des Völkerrechts: Gebietsgrenzen eines Staates wurden für „Zufälligkeiten der örtlichen Lage“ erklärt, über die ein mächtiger Nachbar nach Belieben hinwegschreiten könne. In den Erinnerungen aus seinem Leben versichert Roosevelt, er würde, wenn er anders gehandelt hätte, Verrat an den Interessen der Vereinigten Staaten geübt und einen Platz in Dantes Hölle neben Papst Cölestin V. verdient haben, dem der Dichter den Verzicht auf die Tiara (*il gran rifiuto*) nicht verzeihen konnte¹⁾.

*

Frankreich, Holland und der Burenkrieg

Von der praktischen Ausnützung der Weltlage stach die tatenarme Entrüstung ab, mit welcher der Chor der Rache auf dem europäischen Kontinent die Burentragödie begleitete. Besonders lebhaft waren die Vorwürfe in Frankreich, nicht bloß infolge des Temperaments des Volkes, sondern weil die Wunde von Jasnoda noch nicht verheilt war und das verletzete Ehrgefühl sich Luft machte. Auf den Boulevards von Paris wurden Engländer nicht selten von Vorübergehenden belästigt und verhöhnt; insolgedessen hielt es der Prinz von Wales für angezeigt, der Weltausstellung von 1900, die er hatte besichtigen wollen, wie überhaupt Paris fernzubleiben, obwohl dessen regelmäßiger Besuch zu seinen Vergnügungen gehörte. England wurde in grausamen Karikaturen verhöhnt, in denen der Prinz von Wales als Spekulant in süd-

¹⁾ Th. Roosevelt, „Aus meinem Leben“ (Leipzig 1914), S. 415.